

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Hans-Detlef Roock und Dennis Gladiator (CDU) vom 15.01.15

und Antwort des Senats

Betr.: Vertrag für Hamburg – Fortschritte im Monat Dezember 2014

Durch den „Vertrag für Hamburg“ versucht der Senat, eine Belebung des Wohnungsneubaus in Hamburg und die Zielzahl von 6.000 neuen Wohnungen pro Jahr zu erreichen. Um die Wirksamkeit dieser Vorgehensweise zu überprüfen, bedarf es verlässlicher Zahlen zu diesem Thema.

Wir fragen den Senat:

1. *Wie viele Baugenehmigungen wurden im Monat Dezember 2014 erteilt? Bitte aufschlüsseln nach Bezirken.*

| Bezirk | Genehmigte Wohneinheiten |
|---------------|---------------------------------|
| Hamburg-Mitte | 176 |
| Altona | 90 |
| Eimsbüttel | 58 |
| Hamburg-Nord | 358 |
| Wandsbek | -10 |
| Bergedorf | 222 |
| Harburg | 16 |
| Gesamt | 910 |

Hinweis: Die Anzahl der genehmigten Wohneinheiten wurden im Bezirk Wandsbek um 106 zu viel gemeldete Wohneinheiten (Doppelzählung im September) reduziert. Dies ist der Grund für die negative Zahl im Bezirk Wandsbek in der oben stehenden Tabelle.

2. *Beabsichtigt der Senat, den Haushaltsantrag der SPD-Fraktion „Hamburg 2020: Wohnungsbau, Mieterschutz, Stadtentwicklungsimpulse – erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik im Sinne einer sozial gerechten und lebenswerten Metropole fortsetzen!“ noch in der laufenden Legislaturperiode umzusetzen?*

Wenn ja, in welcher Form?

Wenn nein, warum nicht?

3. *Wann kann mit dem im Haushaltsantrag der SPD-Fraktion geforderten jährlichen Hamburger Wohnungsbaubericht über die Entwicklung des Wohnungsneubaus sowie der Sanierung des Wohnungsbestandes gerechnet werden und welche Informationen sollen genau bereitgestellt werden?*

Den einzelnen Petita der am 16. Dezember 2014 beschlossen Drs. 20/13956 ist zu entnehmen, dass sich die verschiedenen wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Aufgabenstellungen beziehungsweise Prüfaufträge auf den Zeitraum ab 2015 bezie-

hen. Insoweit kann eine Umsetzung und Berichterstattung in der laufenden Legislaturperiode naturgemäß nicht mehr erfolgen.